

Ist die Kommunalpolitik für Menschen ab dem 60. Lebensjahr noch zeitgemäß und ausreichend?

Auch im hohen Alter selbstbestimmt leben und an der Gesellschaft teilhaben - das wünschen sich die meisten Menschen. Sie dabei zu unterstützen, ist ein zentrales Ziel der Seniorenarbeit in Neu-Anspach.

Selbstständiges und selbstbestimmtes Wohnen so lange wie möglich, dies wünschen sich die meisten älteren Menschen. Ebenso eine Verbesserung der regionalen Mobilität. Die Politik unterstützt solche Ziele mit vielfältigen Programme und Initiativen. Dabei geht es auch um eine altersgerechte Gestaltung von Wohnraum und Wohnumfeld sowie die Schaffung von Hilfestrukturen, z.B. neue die Digitalisierung der Pflege: Berlin hat die Initiative „Pflege 4.0 – Made in Berlin“ Leben – Pflege – Digital mit dem Kompetenzzentrum Pflege 4.0 ins Leben gerufen! Auf der Webseite befindet sich auch eine unvollständige Auflistung von Produkten und Herstellern mit digitalen Hilfen zur Unterstützung oder Pflege. Die Produkte werden nicht getestet und es gibt keine Kaufempfehlungen, aber zur Orientierung für die unterschiedlichen technischen Hilfsmöglichkeiten ist dies förderlich.
<https://www.lebenpflagedigital.de/produktubersicht/>

Die Vielzahl der technischen Unterstützungsmöglichkeiten hat den Vorsitzenden des Seniorenbeirats, Raphael Eckhard, dann doch überrascht. Außerdem müssen wir das Rad in Neu-Anspach nicht mehr neu erfinden, da es bereits zahlreiche erprobte altersgerechte Wohnformen gibt. Es geht darum, welche Wohnformen benötigt zukünftig Neu-Anspach und die Region Usinger Land für die Bürgerinnen und Bürger.

Auch das Land Hessen finanziert eine Beratungsstelle für Menschen, die sich für neue gemeinschaftliche Wohnformen interessieren. Für neue, gemeinschaftliche Wohnformen jenseits von Mietwohnung und Einfamilienhaus hat Hessen eine Beratungsstelle geöffnet, da sich „die Lebensstile wandeln, die Gesellschaft wird älter - immer mehr Wohninitiativen, Kommunen, soziale Träger und Wohnungsunternehmen suchen mit innovativen Projekte nach Lösungen für diese Herausforderungen“. Das Land Hessen unterstützt seit Juni 2021 die Entwicklung neuer Wohnformen durch die „Die LandesberatungsstelleÖffnet“.

Gemeinschaftliche Wohnprojekte bauen gezielt Nachbarschaften auf und teilen sich Aufgaben der Alltagsorganisation. Die Beratungsstelle unterstützt Wohninitiativen und -projekte bei ihrer Weiterentwicklung und fördert Aufbau und Vernetzung lokaler Strukturen. Kommunen dient sie als Ansprechpartnerin für die Verbesserung der Rahmenbedingungen gemeinschaftlicher und innovativer Wohnformen. Die Bürger*innen planen ihr Wohnprojekt in Selbstorganisation nach ihren eigenen Wohnbedarfen. Sie bauen aktiv eine Nachbarschaft auf und pflegen ihr gemeinschaftliches Miteinander. Aus Sicht des Pressesprechers der Seniorenvertretung Harry Euler, geht es auch darum, dass die neuen Wohnformen für jeden Nutzer*in dauerhaft finanzierbar sind und bleiben.

Für die Planungs-, Gruppen- und Bauprozesse brauchen engagierte Initiativen Unterstützung sowie den Erfahrungsaustausch mit anderen Projekten.

Die Landesberatungsstelle unterstützt Initiativen beim Aufbau und bei ihrer Weiterentwicklung. Als Koordinatorin für gemeinschaftliches Wohnen vernetzt sie die verschiedenen Akteure*innen, macht hessische Netzwerke und Beratungsstellen sichtbar und bietet mit diesen zusammen Veranstaltungsformate an.

Was hat die Stadt Neu-Anspach davon? Erhalt der Wohn- und Lebensqualität für alle Bürger*innen, gute Versorgungsmöglichkeiten, Steigerung der Attraktivität auch für Neubürger. Vermeidung von Leerständen der Immobilien, Erhalt der Steuereinnahmen usw..

Sind die langjährigen Aussagen der Kommunalpolitiker richtig „... die Stadt hat kein Geld ...“und deshalb können wir außer der Konsolidierung derzeit nichts machen? Grundsätzlich nachvollziehbar,

aber wer etwas Neues erreichen will, z.B. die Stabilisierung der Einwohnerzahlen muss damit frühzeitig beginnen. Die Sammlung von Ideen und die Bewertung von verschiedenen Wohnkonzepten kostet erst einmal wenig. Sind gemeinsame Konzepte ausgearbeitet, dann stellt sich die Frage, wie die Umsetzung und Finanzierung möglich ist. Bis dahin wird die Konsolidierung der Finanzen weitere kommunalpolitische Chancen zulassen. Weiterhin könnten nach der Vorlage der Konzepte Fördergelder vom Land und Bund beantragt werden. Dies sind nur ein paar Anregungen, damit die Senioren*innen auch mit ihren Wünschen und Planungen für Ihr „Zuhause im Alter“ sich frühzeitig einbringen können oder die Chance zur Beteiligung „Pflege neu zu denken“.